Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3,10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0,10 DM
Stellengesuche . . . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 63 — Halver, Donnerstag, den 15. März — 1951

Stürmische Wirtschaftsdebatte im Bundestag

Erhard: Einschränkung der Lebenshaltung

Neun Milliarden DM sind noch zu opfern — Nölting: Ende der sozialen Marktwirtschaft

wl. Bonn, 14. März

Bei der zweiten Lesung des Haushaltsplanes für das Bundeswirtschaftsministerium kam es zu einer mehrstündigen Debatte über die wirtschaftliche Lage der Bundesregierung. Bundeswirtschaftsminister Erhard stellte fest, die Politik der sozialen Marktwirtschaft habe das Leben für die arbeitenden Menschen wieder lebenswert gemacht. Er sehe aber ein, daß diese Politik angesichts der veränderten weltpolitischen Situation überprüft werden müsse.

Im einzelnen forderte Erhard eine allgemeine Konsumbeschränkung durch das „Aufbausparen", die Erhebung von Luxussteuern auf entbehrliche Wirtschaftsgüter, eine Erhöhung der Wettsteuer, die Einführung einer Reklamesteuer sowie die Besteuerung kostspieliger und nicht notwendiger Neubauten, wie Restaurants, Bars und Kabaretts. Die Ernennung eines Bankenkommissars werde ebenso notwendig sein wie eine scharfe Preisüberwachung. Die Subventionen müßten künftig so knapp wie möglich bemessen werden, um den Bundeshaushalt zu entlasten. Wenn der Export gesteigert werden solle, werde man an Steuervergünstigungen durch eine Umsatzsteuer-Rückvergütung für Exportbetriebe nicht vorbeikommen.

Das deutsche Volk müsse den Mut haben, die gleichen Opfer auf sich zu nehmen wie die übrigen freien Völker. Prof. Erhard bezifferte den Umfang des noch zu bringenden Opfers auf sieben bis neun Milliarden DM einschließlich der auf 1,5 Milliarden DM zu schätzenden Mehraufwendungen infolge der Verteuerungen auf dem Weltmarkt. Die Einschränkung unserer Lebenshaltung sei der Preis für unsere Freiheit.

Scharfe Angriffe der SPD

Die SPD, die schon während der Ausführungen Prof. Erhards ihrem Unmut durch lebhafte Zwischenrufe Luft gemacht hatte, übte durch Prof. Nölting scharfe Kritik an der Rede des Ministers. „Was Sie soeben vorbrachten", rief er Prof. Erhard zu, „war nur noch die Mumie Ihrer sozialen Marktwirtschaft. Ihre Wirtschaftsprogramme wirbeln wie unlustige Schneeflocken durcheinander." Nölting kritisierte besonders scharf das „Hof-Wirtschaftsministerium des Herrn Bundeskanzlers", von dem niemand wisse, wer eigentlich daran beteiligt sei. „Die Bundesregierung hätte mehr Vorsorge treffen müssen, um dem Run der Weltwirtschaft jetzt nicht fassungslos gegenüberzustehen." Nölting warnte die Regierung, dem Volk blauen Dunst vorzumachen, indem sie von unmittelbar bevorstehenden Preisstürzen rede. Die ansteigende Preisentwicklung werde erst im August ihren Höhepunkt erreichen. „Vor allem hüten Sie sich davor, Korea zum Alibi für Ihr eigenes Versagen zu machen!"

Die SPD forderte schärfste Preisüberwachung, rücksichtslose Ahndung der Steuerhinterziehung, die Nölting auf etwa drei Milliarden DM bezifferte, und die Bekämpfung der Kapitalflucht, die jährlich 600 bis 800 Millionen D-Mark ins Ausland führe. „Wenn wir schon arm sein müssen, dann wollen wir wenigstens auf anständige Weise gemeinsam arm sein", rief er Erhard unter dem Beifall seiner Fraktion zu. Die SPD verlange weiter eine zusätzliche Besteuerung der hohen Einkommen, eine vernünftige Lenkung des Sparkapitals und den Fortfall aller Vergünstigungen für Selbstfinanzierungen. Nölting meinte, es seien viel zu viele völlig unnötige Betriebe selbstfinanziert worden, so daß jetzt der Staat ein Kontrollrecht ausüben müsse.

Zentrum fordert Erhards Rücktritt

In der Debatte sagte der Zentrumsabgeordnete Dr. Bertram, wenn der Bundeswirtschaftsminister Erhard ehrlich seine eigenen früheren Reden mit den jetzigen Maßnahmen vergleiche, dann sollte er nach dem Motto: „Ein Mann, ein Wort" seinen Platz zur Verfügung stellen.

Dr. Semler (CSU) und Dr. Preusker (FDP) sprachen sich für Erhards Wirtschaftsprogramm aus. Preusker meinte, die Politik Erhards habe zu einer allgemeinen Hebung des Lebensstandarts des deutschen Volkes geführt. Man dürfe nicht vergessen, daß die Preise in Westdeutschland weniger angestiegen seien als in anderen Ländern. Die FDP lehne zwar das Zwangssparen grundsätzlich ab, sei aber doch bereit, mit sich über das von Erhard vorgeschlagene Aufbausparen reden zu lassen.

Nach fast fünfstündiger Debatte wurde der Etat des Bundeswirtschaftsministeriums in zweiter Lesung angenommen, ein Antrag der SPD dagegen, das Gehalt Erhards zu streichen, abgelehnt.

Die Erde bebte in Westdeutschland

Mauern und Schornsteine stürzten ein — 1,5 Mill. Schaden im Amtsbezirk Mechernich

dr. Bonn, 15. März

Am Mittwoch um 10,48 Uhr wurde im Raum Bonn-Köln ein Erdbeben verspürt, das etwa zehn Sekunden andauerte und nicht nur in den Häusern, sondern auch im Freien stark bemerkbar war. In den Häusern fielen Gegenstände um und der Putz von den Decken. Auch im Bundeshaus wurde das Beben deutlich wahrgenommen, das von unterirdischem Rollen begleitet war. Nach Mitteilung des zuständigen Seismographischen Instituts handelt es sich um ein tektonisches Beben, dessen Herd in der Eifel lag. Die Ausstrahlungen der Erdstöße reichten von Baden-Baden bis in den Raum von Münster i. W. und von Lil'e in Nordfrankreich bis Kassel. Das Beben wird von den Erdbebenwarten als das seit langem stärkste in Westdeutschland bezeichnet.

Aus verschiedenen Eifelgegenden werden Einstürze von Häuserruinen und Hauswände gemeldet. In der Stadt Euskirchen entstand in einer von 300 Schülern besuchten Schule durch das Erdbeben eine Panik, als plötzlich die Wände rissen, die Türen aufsprangen, die Fenster zersplitterten und die Schornsteine über die Dächer niederstürzten. Eine andere Schule im Kreise Euskirchen wurde so schwer beschädigt, daß sie vorläufig geräumt werden muß. Fernsprechverbindungen waren an verschiedenen Stellen vorübergehend unterbrochen.

In der Gemeinde Arloff bei Euskirchen, wo Schulkinder beim Verlassen des Schulgebäudes unter die stürzenden Steine eines umfallenden Schornsteins gerieten, mußten einige der Verletzten Schulkinder ins Krankenhaus gebracht werden. Das Krankenhaus in Mechernich entließ aus Vorsicht einen großen Teil der gehfähigen Patienten und schaffte die Kinder und Säuglinge in die Kellerräume. Die Schulen wurden geschlossen.

Im Amtsbezirk Mechernich wird der Schaden bisher auf rund 1,5 Millionen DM geschätzt, in Mechernich selbst stürzte die Hälfte aller Schornsteine ein. Auch Schaufenster gingen in Trümmer.

Antisemitismus?

Dt. Eine überraschende Version gibt eine Erklärung des „Bundes der Verfolgten des Naziregimes" (BVN) jetzt dem Korruptionsfall um Dr. Auerbach. Die Verfolgten meinen, SED-Agenten hätten gemeinsam mit der kommunistischen VVN die Kampagne gegen Auerbach systematisch eingeleitet. In diesem Zusammenhang warnen die Verfolgten die deutsche Oeffentlichkeit vor einem neuen Antisemitismus, wie er durch die Behandlung des Falles durch den bayrischen Justizminister Dr. Müller bereits ausgelöst sei.

So sehr die Warnung vor einem neuen Antisemitismus aus moralischen und politischen Gründen zu beherzigen ist, so sehr muß es doch verblüffen, daß man jetzt den Kommunisten die Verantwortung für einen selbstverständlichen Akt der Säuberung zuschieben will, der von der bayrischen Landesregierung, der Staatsanwaltschaft und amerikanischen Dienststellen zu einer Zeit eingeleitet worden ist, wo der Fall Auerbach bereits weite Kreise gezogen hatte. Nun ist es zwar Sitte, alle möglichen Vorgänge, für die man keine andere Erklärung weiß, auf kommunistische Agenten zurückzuführen, wie es zur Zeit der nationalsozialistischen Regierung im Schwange war, den englischen Geheimdienst überall dort als Urheber anzusetzen, wo etwas nicht nach Wunsch ging. Diese primitive Praxis, die jenseits des Eisernen Vorhanges — wie erst jüngst in Prag — mit umgekehrtem Vorzeichen betrieben wird, ist wohl kaum geeignet, einem so ernsten Fall wie dem des Dr. Auerbach gerecht zu werden.

Nicht nur durch das Aufrollen der Affäre ist — wenn überhaupt — ein neuer Antisemitismus geschaffen worden, sondern durch das Verhalten von Herrn Auerbach und seinen Freunden auf beiden Seiten der Möhlstraße. Gerade mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Dr. Auerbach zu der am schwersten heimgesuchten Gruppe der von den Nationalsozialisten Verfolgten gehört, ist es wohl zuzuschreiben, daß er seine schmutzigen Geschäfte allzu lange auf Kosten der Steuerzahler betreiben konnte und daß er eine Welle der Empörung auslöste, von der wir alle wissen, daß sie keinesfalls diejenigen Juden treffen darf, die mit Sauberkeit an den Neuaufbau ihres privaten und gemeinschaftlichen Lebens gehen.

Vergessen wir nicht, daß Auerbach selbst kurz vor seiner Verhaftung in München darauf hingewiesen hat, daß die dreißigtausend übriggebliebenen Juden noch eine Macht seien. Wenn er damit die Judenschaft in ihrer Gesamtheit als seine Rückendeckung bezeichnen wollte, so hat er ihr einen schlechten Dienst erwiesen, denn wir vermögen nicht zu glauben, daß sich diese dreißigtausend mit einem Mann solidarisch fühlen, der durch sein Verhalten die Ueberbrückung des unseligen Abgrundes zwischen Deutschen und Juden nur gefährden und verzögern kann.

Der Verbandsvorstand der Gewerkschaft Oeffentliche Dienste protestierte am Mittwoch in Stuttgart gegen die beabsichtigte Wiedereinführung der Beförderungssteuer für Straßen- und Kleinbahnen, die seit 1931 nicht mehr erhoben wurde.

Soeul wieder im Besitz der UNO-Truppen

20 km südlich des 38. Breitengrades — Auf der ganzen Frontbreite rote Rückzüge

dmt. Tokio, 15. März

Nachdem sich am Mittwoch die UNO-Truppen kampflos in den Besitz der völlig zerstörten südkoreanischen Hauptstadt Soeul gesetzt haben, wo sie von der Bevölkerung mit Flaggenschwenken begrüßt wurden, ist von ihnen im Mittelabschnitt der Korea-Front der Hongchon-Fluß in breiter Front überschritten und weiter Gelände in Richtung zum 38. Breitengrad gewonnen worden. An der gleichnamigen Stadt vorbei stießen die UNO-Truppen nach Norden vor und befanden sich am Donnerstagmorgen etwa zwanzig Kilometer südlich des 38. Breitengrades.

Die ganze Front in Korea steht wieder im Zeichen eines jener unerklärlichen Rückzüge der Kommunisten, die schon wiederholt die alliierte Führung verblüfft haben. Die Kommunisten haben auf der ganzen Breite der Front ihre Stellungen geräumt und sich teilweise so schnell zurückgezogen, daß auch Spähtrupps, die in Jeeps vorfuhren, keine Fühlung mehr mit dem Gegner herstellen konnten.



Erzbischof Münch wurde Nuntius.

Am Mittwoch bestätigte ein Sprecher des Vatikans die Ernennung des Erzbischofs Alois Münch zum Apostolischen Nuntius in Bonn. Münch war bisher Regent der Apostolischen Nuntiatur. Unser Bild zeigt den Nuntius auf einem Empfang, den er in Bad Godesberg aus Anlaß des Papstkrönungstages gab. Er begrüßt gerade Bundeskanzler Dr. Adenauer.
(Foto: UP-Acme)

Geschäfte mit Sünderinnen

Man lästert selbst eine „Sünderin" nicht ungestraft. Diese Erfahrung müssen die wackeren Streiter wider den Film gleichen Namens unterdessen gewonnen haben. Denn als sie zu Boykott und Protest schritten, übersahen sie die Kehrseite der demokratischen Medaille „Redefreiheit": die Reklame für den andern. Es ist eben interessant und oft obendrein gewinnbringend, in vieler Leute Mund zu sein, und nur wer die menschliche Neugier nicht kennt, wird nicht verstehen, daß, gerade weil so heftig gegen die Dame „Sünderin" gewettert wird, so mancher darauf brennt, sie persönlich kennenzulernen.

Darauf, also auf die propagandistische Unerfahrenheit ihrer Widersacher und die Schwächen des Publikums, haben die Verleiher und Produzenten dieses Streifens spekuliert. Wem das nicht glaubhaft erscheint, der möge nur beobachten, wie mancher kleine Einzelhändler in schlechtem Geschmack es ihnen gleichzutun trachtet. Das lehrreichste Beispiel dafür gibt wohl jener Wuppertaler Kinobesitzer, der einen ganz anderen Film unter dem nichtssagenden Namen „Zwei Frauen" mit dem Zusatz „Zwei Sünderinnen" versehen ließ — dem Vernehmen nach nicht ohne Kassenerfolg.

Dagegen kämpft man selbst mit Stinkbomben vergebens, erst recht mit den fairen Mitteln einer ehrlichen moralischen Empörung. Ihre Wogen gehen nun freilich schon zu hoch, als daß sie sich jählings glätten ließen. Aber könnte man es mit der nächsten „Sünderin" — sie wird bei dem oft beklagenswerten Niveau der deutschen Filme vielleicht nicht lange auf sich warten lassen — nicht ein wenig schlauer anfangen? Leinwand-Frauen von diesem bescheidenen künstlerischen Format sind am ehesten auf den rechten Weg zu bringen, wenn sie totgeschwiegen werden. Die schweizerische Presse hat den Film nicht als anstößig, sondern als totlangweilig kritisiert.

Solange man allerdings den Verleihern das Gegenteil einredet, werden sie schwerlich davon zu überzeugen sein, daß man nur ein Mal auf Kosten des arglosen Publikums „sündigen" kann, oder, um es in ihrer Sprache zu sagen: daß sich mit „Sünderinnen" keine Geschäfte mehr machen lassen. (A-Z)

Sowjets machen kleinere Zugeständnisse

Das Potsdamer Abkommen kein politisches Dogma mehr

dmt. Paris, 15. März

Zum ersten Male seit Beginn der Pariser Vorkonferenz herrschte am Mittwochabend in den Kreisen der Westmächte-Delegierten Zuversicht. Man hofft jetzt auf einen günstigen Ausgang der Konferenz, nachdem die sowjetischen Delegierten in der Mittwochsitzung sich zu Konzessionen in kleineren Fragen bereitgefunden haben. Am Donnerstagnachmittag werden russische Vorschläge Gegenstand der Besprechung zwischen den vier stellvertretenden Außenministern sein.

Die Russen haben das Zugeständnis gemacht, in Zukunft nicht mehr auf die Einhaltung der sich aus dem Potsdamer Abkommen ergebenden Verpflichtungen zu bestehen, sondern nur noch über die „Anwendung des Potsdamer Abkommens" sprechen zu wollen. Außerdem wird von den Sowjets nicht mehr das Verbot einer Wiederbewaffnung Deutschlands als erster Punkt für die Tagesordnung der Vorkonferenz verlangt, sondern nur noch gesagt, man bestehe in Moskau auf der „Demilitarisierung". Man meint in Paris, wenn es auf der Vollkonferenz der Außenminister über die Aufrechterhaltung der Entwaffnung Deutschlands nicht zu einer Einigung kommen sollte, würde der Verzicht Moskaus auf ein Verbot der Wiederbewaffnung allen vier Besatzungsmächten die Möglichkeit geben, in dieser Frage nach eigenem Ermessen zu handeln.

In den russischen Zugeständnissen erblickt man in Pariser politischen Kreisen jedenfalls das Eingeständnis, daß Stalin kein Interesse daran hat, die Pariser Vorkonferenz scheitern zu lassen.

Ruhe in Barcelona

Rund 300 Verhaftete

dmt. Madrid, 14. März

In Barcelona ist es am Mittwoch zu keinen weiteren Zwischenfällen mehr gekommen. Die Zahl der Verhafteten wird jetzt mit etwa 300 angegeben. Nach wie vor patrouillieren in den Arbeitervororten der Stadt bewaffnete Streifen von Polizei und Zivilgarde.

Die Seite der Heimat

Halver, den 15. März 1951

Mit blitzenden Speichen

Radfahren ist schneller als Marschieren und sportlicher als Autofahren. Beine, Arme und Geist werden in gleicher Weise strapaziert. Weil wir wohlwollend sind, nennen wir das Ausspannung.

Unser Fahrrad wird uns hinausrollen in die Gegend der ersten Blumen, der wasserfrisch duftenden Wiesen, der knospenden Waldbäume. Dabei gleitet die Landschaft vorüber wie im Film, lautlos, schnell genug, um nicht zu langweilen, bedachtsam genug, um die i-Tüpfelchen der Naturschönheit ins Auge springen zu lassen.

Darum putzen wir unser Fahrrad in diesen Tagen. Der kluge Mann hat es im Winter aufgehangen zur Schonung der Reifen, oder er hat, falls er es immer benutzen mußte, den Straßendreck verkrusten lassen, weil gegen den Wintermatsch doch nicht anzukommen ist.

Wir reiben die Felgen mit einem Lappen, putzen die Speichen, bürsten unter den Schutzblechen, stochern mit einem Stock in Engpässen. Aus der Oelkanne gluckst die braune Schmiermasse in die Naben und auf die Pedale, bis ein surrender Lauf auf Kugellagern dabei herauskommt.

Mit blitzenden Speichen und prallen Pneus können wir dann hinausfahren, Freude im Herzen, Westwind im Rücken und den Frühling vor uns.

Elite.

Halver

Verabschiedung der Absolventen der Mittelschule

Die Verabschiedung der die Mittelschule verlassenden Schüler erfolgt am Dienstag kommender Woche nachmittags in der Veranda der Karlshöhe. Die Eltern der abgehenden Schüler und Schülerinnen werden hierzu herzlich eingeladen.

Keine Radfahr-Rennbahn

Von Anwohnern der Frankfurter Straße wird darüber Klage geführt, daß der Bürgersteig von unseren Jugendlichen oft mit einer Radrennbahn verwechselt wird. Fahrräder gehören nun einmal auf die Fahrbahn — dessen sollten alle eingedenk sein, die es angeht.

Mitgliederversammlung des Reichsbundes

Am kommenden Samstagnachmittag findet im Hotel zur Post eine dringende Mitgliederversammlung des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Ortsbund Halver statt. Alle Kameradinnen und Kameraden, sowie alle noch Fernstehenden sind hierzu eingeladen.

Sie bestanden die Aufnahmeprüfung

Wie uns die Mittelschule Halver mitteilt, haben von 49 Prüflingen zur Aufnahme in die Schule 43 die Prüfung bestanden. Damit beginnt nun für die Jungen und Mädchen ein neuer Abschnitt in ihrem Leben.

Schalksmühle

Unhaltbarer Zustand am Bundesbahnhof

Zwar lassen unsere Straßenverhältnisse innerhalb des Dorfes zu wünschen übrig, doch hat man gemeindeseitig auch im Laufe des Winters einiges getan, um die Straßen in Ordnung zu halten. Doch was man am Bundesbahnhof schon seit langem an Unordnung und Unsauberkeit feststellen konnte, spottet jeder Beschreibung. Der Bahnhof an sich ist allenthalben so, daß man sich seiner schämen muß. Wenn man dann einen Blick auf die Klosettanlagen wirft, dann graut einem. Ist das denn nun für Schalksmühle alles so gut genug? Mit dem nahen Frühling setzt voraussichtlich auch der Fremdenverkehr wieder ein und soll und muß der Bahnhof die Visitenkarte abgeben, aber nicht in dieser Form, wie er sich seit Jahren bereits zeigt. Wir Schalksmühler protestieren dagegen und werden uns höheren Instanzen zuwenden, wenn dieser Hinweis nicht hilft. Unsere Säle sind fast alle wieder frei und renoviert und Schalksmühle kann im kommenden Sommer schon wieder eine ganze Anzahl Fremder unterbringen. Im übrigen wird bereits wieder viel getan, um Schalksmühle so zu präsentieren, wie es nötig ist, und da darf der Bahnhof auf keinen Fall zurückstehen. Alles geht vorwärts, nur der Bahnhof ist ganz gewaltig im Hintertreffen. Das darf nicht sein.

Vom Standesamt vom 25. 2. bis 10. 3. 1951

Ein Sohn geboren: Hch. Gustav Schulte, Bollwerk; eine Tochter geboren: Friedhelm Berta Ohlbrock, Dahlerbrück, Paul Hans Flegel, Sterbeckerhammer, Otto Friemann, Oberbrügge-Vömmelbach, Walter Schröder, Dahlerbrück, Hans Schulte, Wettringhof. Heiraten: Adolf Müller und Gerda Lina Schütz geb. Schnicker, Dahlerbrück. Sterbefälle: Kriegssterbefall Erich Elkeries, Dahlerbrück, Bernd Erbstößer, Flaßkamp, 6 Jahre.

Achtung! Ostvertriebene!

Die Ortsvereinigung der Ostvertriebenen der Gemeinde Hülscheid bittet alle Siedlungs-Interessenten, sich am Sonntag, dem 18. März, 14.30 Uhr, in der Gaststätte Rafflenbeul, Dahlerbrück, zu einer wichtigen Besprechung einzufinden.

Rönsahl

Ehre dem Alter

Der Oberpostschaffner a. D. Fritz Schäfer, Rönsahl, vollendet am 17. d. M. sein 75. Lebensjahr. Wir gratulieren!

Brügge

Kreisverband Sauerland der Reisetaubenzüchter

Brügge. Im Lokal Piepenstock, Lüdenscheid, fand kürzlich die Kreisverbandstagung statt an der der Ortsverein Brügge durch 2 Delegierte vertreten war. U. a. wurde der Reiseplan verlesen, der im Kreisverband von Dillenburg bis Wien in 15 Touren im laufenden Jahr durchgeführt wird. Ab Tour Plettling werden die Flüge in der Fluggemeinschaft Hagen geflogen.

Züchter, die voll setzen oder durchsetzen, müssen mindestens 5 Tauben bis Passau setzen. Ab Linz bis Wien bleibt die Zahl der Tauben frei. S.

Versammlung der Industriegewerkschaft Metall

Die Ortsgruppe Brügge hielt im Lokale Paßmann ihre Monatsversammlung ab. Ueber das Thema „Das neue Lohnabkommen und seine Auslegung" sprach Kollege Hanstein von der Geschäftsstelle Lüdenscheid. In der regen Diskussion konnten gestellte Fragen zur vollen Zufriedenheit aller beantwortet werden.

Ein Antrag, den hiesigen Uhrmachermeister Carl Cramer für die Anfertigung von Brillen bei der AOK zuzulassen, wurde von allen Anwesenden unterstützt. Der Vertreter der Geschäftsstelle Lüdenscheid wurde gebeten, der AOK diesen Vorschlag zu unterbreiten.

Zur Vorbereitung der Maifeier wurde ein Festausschuß gewählt, der mit der Eisenbahnergewerkschaft Fühlung aufnehmen soll. S.

Wenn die Sonne über Halver steht

Die Halversche „Ortszeit" geht um 29 Minuten zu spät — Sommerzeit bietet hier keine Vorteile

In den letzten Tagen und Monaten wurde verschiedentlich über die Wiedereinführung der sogenannten „Sommerzeit" debattiert, ohne daß von amtlicher Seite irgendwelche Beschlüsse gefaßt wurden. Bei der räumlichen Ausdehnung des früheren Reichsgebietes war die Vorverlegung der Uhrzeit im Sommer nur eine Stunde wohl angebracht. Für das heutige Bundesgebiet dürfte die Sommerzeit jedoch kaum merkliche Vorteile für die Allgemeinheit bringen. Im folgenden soll daher einmal der Begriff Zeit etwas näher betrachtet werden.

1893 wurde die „MEZ" eingeführt

und zwar durch Gesetz vom 12. März, wonach die „Mittel-Europäische-Zeit" als Einheitszeit für ganz Deutschland bestimmt wurde. Hiernach war es 12 Uhr mittags, wenn sich die Sonne über dem 15. Längengrad östlich Greenwich befand, und dort so ihren höchsten Sitz erreichte. Die Sonne wandert in vier Minuten von einem Längengrad zum andern. Wenn die Sonne den „Görlitzer Meridian (15 Grad östlich Greenwich) erreicht, hat sie ihren höchsten Stand in allen östlich gelegenen Orten bereits überschritten und in allen westlich des 15. Längengrades gelegenen Orten noch nicht ereicht. Nach dem örtlichen Sonnenhöchststand und im Vergleich zur „MEZ"

gehen alle Uhren im Bundesgebiet zu spät,

da das Bundesgebiet zwischen dem 6. und 14. Längengrad östlich Greenwich liegt. Wenn es 12 Uhr „MEZ" ist, ist es in Hamburg erst 11,40 Uhr Hamburger „Ortszeit", da die Sonne vom 15. bis zum 10. Längengrad 5 Längengrade zu je vier Min. Dauer zu durchlaufen hat. Bis die Sonne in Hamburg ihren höchsten örtl. Stand erreicht hat, vergehen somit noch 20 Minuten im Vergleich zur „MEZ". Bei Köln am 7. Längengrad ist es ähnlich, da die Sonne acht Längengrade durchwandern muß, wozu sie 32 Minuten braucht.

12 Uhr „MEZ" ist 11,31 Uhr „Halversche Ortszeit",

da unser Ort auf dem Längengrad 7 Grad 40 Minuten östlich Greenwich liegt. Bis die Sonne hier ihren höchsten Stand erreicht hat, benötigt sie noch etwa 29 Minuten nach ihrem Durchgang durch den 15. Längengrad bezw. zur Mitteleuropäischen Normalzeit. Der Längengrad, auf dem Halver liegt, berührt fast den höchsten Berg Norwegens, den 2470 m hohen Galdhöpig, verläuft dann an der Westküste über Münster nach Halver und schneidet dann die Städte Straßburg, Basel, Turin und noch gerade den großen nordafrikanischen See Schott-el-Dscherid und tritt am Niger-Delta wieder ins offene Meer. An all diesen Orten erreicht die Sonne zur gleichen Zeit ihren höchsten Stand.

Die 360 Längengrade der Erde werden in Zeit-Zonen aufgeteilt. Für Europa sind die „WEZ, MEZ und OEZ", also west-, mittel- und osteuropäischen Zeitzonen mit jeweils einer Stunde Zeitunterschied maßgebend.

Die „Welt-Zeit" gibt der Null-Meridian an

und 12 Uhr Weltzeit ist es, wenn die Sonne durch den oberen Null-Meridian bei Greenwich geht. Die Weltzeit ist mit der West-Europäischen Zeit (WEZ) identisch. Wenn es im Bundesgebiet 13 Uhr ist, ist es genau 12 Uhr Weltzeit. Um die gleiche Zeit ist es in New York 7 Uhr morgens, 10 Uhr auf den Azoren-Inseln, 15 Uhr in Moskau, 21 Uhr in Japan und Korea und 2 Uhr nachts in Alaska. Die Mitteleuropäische Zeit gilt für Norwegen, Schweden, Dänemark, Deutschland, Ungarn, Slowakei, die Schweiz, Italien, Jugoslawien und Albanien. Die gleiche Uhrzeit haben ebenfalls Tunis, Tripolis, Lybien, Nigerien, Kamerun, Franz. Aquatorial-Afrika, Kongostaat u. portugiesisch Westafrika. Interessant ist übrigens die Tatsache, daß im Gebiet der Sowjetzonenrepublik die Uhren dauernd eine Stunde vorgestellt sind.

Wer soll das bezahlen . . .?

Die Gerichts- und Anwaltskosten — Was der Halveraner von der streitigen Gerichtsbarkeit wissen muß

Ueber Kosten- und Armenrecht muß sich jeder Gedanken machen, der einen Rechtsstreit führen will.

Wer einen Prozeß beginnt, ist für die Gerichtskosten und die Gebühren seines Anwalts vorschußpflichtig. Demnach haben — unabhängig vom Ausgang des Rechtsstreites — Gericht und Anwalt wegen ihrer Gebühren und Auslagen einen gesetzlichen Anspruch gegen den Auftraggeber. Wird der Prozeß durch Richterspruch entschieden, so werden der unterliegenden Partei die Kosten im Umfang des Unterliegens auferlegt. Aus dem dann ergehenden Gerichtsbeschluß, Kostenfestsetzungsbeschluß genannt, kann gegen die unterlegene Partei 30 Jahre lang vollstreckt werden. Ist die Pfändung erfolglos, so haftet der Auftraggeber, auch wenn er seinen Prozeß gewonnen hat.

Im Volke glaubt man, daß Gericht und Anwalt an langen Prozessen besonders interessiert seien, weil mit langer Dauer eines Prozesses auch die Kosten entsprechend hoch auflaufen würden. Diese Ansicht ist irrig. Das Gesetz schreibt bindend vor, welche Beträge gefragt werden dürfen, mag ihr Prozeß auch noch so lange dauern. Sie richten sich nach der Höhe des Objektes, wobei der Streitwert nicht vom Anwalt, sondern vom Gericht festgesetzt wird.

In jedem Prozeß können normalerweise nur

drei Anwaltsgebühren

erwachsen:

1. Die Prozeßgebühr
2. Die Verhandlungsgebühr
3. Je eine halbe Beweis- und Nachverhandlungsgebühr.

Bei Gericht sind die drei entsprechenden Gebühren: Prozeß-, Beweis- und Urteilsgebühr.

Wird ein Prozeß durch Vergleich erledigt, erwächst beim Anwalt noch die Vergleichsgebühr.

Die Gebühren der streitigen Gerichtsbarkeit

betragen beispielsweise:

Streitwert	Anwaltsgebühr	Gerichtsgebühr
bis 20.— DM	2.— DM	2.— DM
bis 60.— DM	4.— DM	2.— DM
bis 100.— DM	6.— DM	3.— DM
bis 150.— DM	8.— DM	6.— DM
bis 200.— DM	10.— DM	6.— DM
bis 300.— DM	15.— DM	9.— DM

Bei einem Streitwert von 1000.— DM betragen die entsprechenden Gebühren 45.— DM bzw. 30.— DM, bei einem Streitwert von 4000.— DM 125.— DM bzw. 70.— DM.

Jede unnötige Vertagung vermindert praktisch die Höhe der Vergütung!

Nicht jeder ist in der Lage, die vorstehenden Gebühren aufzubringen. Er soll nicht schutzlos dastehen.

Wer Armenrecht begehrt

nimmt kein Almosen, sondern ein gesetzlich verbrieftes Recht in Anspruch. Zunächst muß er sich bei der Ortspolizeibehörde ein Mittellosigkeitszeugnis besorgen. Es enthält die behördliche Bestätigung über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und bildet für das Gericht die Grundlage, um festzustellen, ob die wirtschaftliche Lage des Antragstellers — gemessen an der voraussichtlichen Höhe der Kosten! — eine Bewilligung des Armenrechts rechtfertigt. Bei mittleren und hohen Objekten können auch Parteien das Armenrecht erhalten, deren Einkommen gar nicht so niedrig erscheint, welches aber die Bestreitung des notwendigen Unterhalts für den Antragsteller und seine Familie beeinträchtigen würde.

Auch bei völliger Mittellosigkeit wird das Armenrecht nur bewilligt, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung nicht von vornherein mutwillig oder aussichtslos erscheint.

Bewilligung des Armenrechts bedeutet Stundung der gerichtlichen Kosten und Auslagen sowie Beiordnung eines Anwalts, soweit Anwaltszwang besteht.

Die Bewilligung des Armenrechts bedeutet aber keinen Schutz vor den Kosten des Gegners bei einem etwaigen Verlust des Prozesses

20 Tonnen Metall, 3 Kraftfahrzeuge und 3 Brüder

Die Polizei nimmt ein Hehlerlager auf — Die Inhaber festgenommen

Man muß mit dem Wagen schon ein schönes Stück fahren — und dabei geht es nicht immer über asphaltierte Straßen —, bis man, hinter Wiblingwerde, nach Veserde kommt. Von dort geht es noch einmal einen zerfahrenen Weg entlang, und man fährt in den Hof des Metallagers ein, dessen Besitzer seit einigen Tagen hinter Schloß und Riegel sitzen.

Als wir dort ankamen, wunderten wir uns über die große Menge Metall aller Art, das hier auf dem großen Platz aufgestapelt liegt. Dann tauchte der Polizeiposten von Veserde auf und führte uns in einen Schuppen, in dem ein hoher Berg Kupferdraht und anderes, ziemlich wertvolles Material lagern. Der Wachtmeister war mit einigen Arbeitern dabei, das Metall zu sichten. Er suchte nach besonders charakteristischen Stücken, die dazu geeignet scheinen, die Herkunft des vielen Metalls zu klären. Es wird nämlich von der Staatsanwaltschaft behauptet, die drei altmetallhandelnden Brüder hätten schwer in Hehlerei gemacht.

Wenn man tiefer in die Vorgeschichte einsteigt, hält man diesen Verdacht für gar nicht so unbegründet. Denn das Geschäft und seine Chefs werden schon seit längerer Zeit beobachtet. Die Polizei hatte Zeit; sie sammelte sorgfältig jedes Steinchen, bis sich alle diese kleinen Informationen, Beobachtungen, Indizien zu einem Mosaik zusammenfügten. Wir wissen nur, daß die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Unter den rund 20 Tonnen Metall, die man außer zwei Kraftfahrzeugen sicherstellen konnte, befinden sich allein etwa acht bis zehn Tonnen Kupfer. Man braucht den Einwohnern einer Stadt, die vom Metall lebt, nicht vorzurechnen, wie wertvoll diese „unedlen" Metalle sind.

Die drei Inhaber sind dem Richter vorgeführt worden. Der hat einen ordentlichen Haftbefehl erlassen, und so werden nun die Gebrüder den Abschluß der Ermittlungen abwarten müssen.

Die Metalldiebstähle haben in letzter Zeit in derart erschreckendem Umfange zugenommen, daß es geboten erscheint, unnachsichtig zuzugreifen. Und wenn die Altmetallhändler immer wieder darauf hingewiesen worden sind, daß sie sich nach der Herkunft des Metalls zu erkundigen haben, bevor sie es aufkaufen, dann kann ein „Ertappter" sich schwerlich damit verteidigen, er habe das nicht gewußt. -ek-



Die wertvolleren Metalle liegen im Schuppen. Der Wachtmeister untersucht verschiedene Kisten, Kasten, Körbe und Tonnen nach Spuren gestohlenen Metalls. Der Berg von Metalldraht rechts macht die Mengen deutlich, um die es sich hier handelt. (Foto: Breitbach)

Der Leser hat das Wort:

Eine Halveranerin schrieb aus Südafrika

Von unserer Leserin Frl. Elisabeth Kämper, die sich im vergangenen Jahre nach Natal (Südafrika) begab und die sich durch unsere Heimatzeitung auch weiterhin mit dem Geschehen in Halver und Umgebung verbunden fühlt, erhielten wir eine Ausgabe der Südafrikanischen Zeitung „The Natal Mercury", in der sich ein sehr ausführlicher Bericht eines Korrespondenten über die Lage im heutigen Deutschland befindet. Ihm entnehmen wir in Uebersetzung die folgenden Stellen:

„Das Einkaufszentrum jeder deutschen Stadt bietet den Anschein des Wohlstandes. Es gibt massenhaft Waren in den Läden. Butter und Fleisch, Rundfunkgeräte und elektrische Apparate, Rauchwaren und Kleidung — alles kann man erhalten, vorausgesetzt, man kann sich die Preise leisten. Unter der freien Marktwirtschaft der Westzonen gibt es keinen schwarzen Markt, nicht einmal in Sprit. Gutsituierte Kunden werden mit Höflichkeit überschwemmt, wenn sie einen Laden betreten. Aber der durchschnittliche deutsche Arbeiter ist weit schlechter dran als sein englischer Kollege. Der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt ist außerordentlich scharf. Der Arbeiter weiß, daß, wenn er seinen Arbeitsplatz verliert, ein anderer da ist, der seinen Platz einnimmt, und er arbeitet daher mit größter Energie. Den Deutschen ist es unklar, warum die westlichen Alliierten sich bei ihren Verhandlungen mit der Bonner Regierung so zögernd verhalten. Sie wissen, daß die deutsche Energie und Intelligenz ein Beitrag zu dem Kampf gegen die Bedrohung des Ostens sein könnte . . .

Wir grüßen unsere Leserin im fernen Südafrika auch von dieser Stelle aus!

Heimkehrer- und Kriegsgefanenen-Verbände schlossen sich zusammen

Auf einer Tagung in Hamm beschlossen die beiden größten Verbände der ehem. Kriegsgefangenen, sich zu einem einheitlichen großen Verband zusammenzuschließen. Den Vorsitz der vereinigten Landesverbände für Nordrhein-Westfalen führt Josef Richmann, Gelsenkirchen, Kneebuschstraße 76. Alle Anfragen in allen Kriegsgefangenenfragen, gleich, ob es sich um Organisationsfragen oder um Fragen der Betreuung der Kameraden handelt, sind ab sofort an den Vorsitzenden der Landesgruppe zu richten. Der Verband fordert in erster Linie die sofortige Freigabe der noch gefangen gehaltenen Kameraden. In allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen erteilen Rat und Auskunft alle Ortsgruppen des Verbandes. Anfragen evtl. über die Anschrift des Vorsitzenden Reichmann, Gelsenkirchen oder die Geschäftsstelle in Dortmund, Sternstraße 22.

☐ **Moderne Architektur der USA.** Das US-Information Center Ruhr veranstaltet vom 17. März bis 1. April 1951 in Düsseldorf, Rheinterrassen, eine Ausstellung über die moderne Architektur in den Vereinigten Staaten seit 1947. Die Exhibition gibt neben vier Modellen und 475 Tafeln einen interessanten Ueberblick über das Schaffen der hervorragendsten Architekten der USA.

Cepicka sagt: Sabotage!

dmt. Prag, 14. März

Zu der Verhaftung des stellvertretenden Verteidigungsministers General Rejcin und des Oberstleutnants Kopold von der Personalabteilung des Kriegsministeriums hat Kriegsminister Cepicka jetzt eine amtliche Verlautbarung herausgegeben, die einiges über die Hintergründe dieser Verschwörung enthüllt. Danach haben die beiden verhafteten Offiziere die Einrichtung kommunistischer Parteizellen in der tschechischen Armee verhindern wollen und die Reorganisation der Wehrmacht nach sowjetischem Muster sabotiert. Damit sei, wie Cepicka betont, ein tiefgreifender Schaden angerichtet worden, dessen Ausmerzung geraume Zeit in Anspruch nehmen werde.

Kommunistische Polizei

rs. Wien, 14. März

Bei den Gewerkschaftswahlen der öffentlichen Angestellten haben die Kommunisten innerhalb der Bundespolizei 25 Prozent der Stimmen erhalten. Dieses Ergebnis ist deswegen alarmierend, weil in allen anderen Behörden die Kommunisten eine Abfuhr erlitten haben. Bei der Sicherheitswache Wien stehen 1070 kommunistische gegen 5547 nichtkommunistische Stimmen, bei der Kriminalpolizei in Wien bekannten sich 310 Beamte zur KPD gegenüber 579 Nichtkommunisten, im Polizeipräsidium sind von 113 Beamten 23 Kommunisten, und bei der Staatspolizei entfiel sogar fast die Hälfte der Stimmen auf die Kommunisten.

Paris: Fortschritte

dmt. Paris, 14. März

Auf der Mittwochsitzung der Vorkonferenz wurden nach Mitteilung westlicher Delegierter „offensichtliche Fortschritte" erzielt, vor allem da die Sowjetunion bei zwei Punkten der Tagesordnung Entgegenkommen zeigte. Ein britischer Delegierter sagte am Schluß der kurzen Sitzung: „Wir haben heute endlich richtige Arbeit geleistet, jetzt brauchen wir Zeit, die neuen Sowjetvorschläge zu prüfen." Die nächste Sitzung ist Donnerstag nachmittag.

Luxemburg begnadigt nicht

dmt. Luxemburg, 14. März

Mit dem Hinweis darauf, daß die luxemburgische Gesetzgebung keine Berufung und keine Möglichkeit eines Gnadengesuches im Falle verurteilter Kriegsverbrecher kenne, hat die Justizbehörde des Landes die Gnadengesuche der beiden Deutschen zurückgewiesen, die im Februar wegen sogenannter Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt sind. Auch die zu hohen Freiheitsstrafen — in zwei Fällen zu 20 Jahren Zwangsarbeit — Verurteilten haben nach luxemburgischem Recht keine Möglichkeit der Begnadigung.

Bei den zum Tode Verurteilten handelt es sich um den Oberregierungsrat Hartmann und Grenzpolizeikommissar Dietrich, bei den zu 20 Jahren Verurteilten um Staatsanwalt Drach und Kriminalobersekretär Klöckner. Zwei weitere Kriminalbeamte hatten 3 Jahre Gefängnis erhalten.

Ruhrrevier in Sorge

ge. Düsseldorf, 14. März

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen verlangten die Parteien, daß das Land vor der Paraphierung des Schumanplanes gehört werde. Das Ruhrrevier befürchte verheerende wirtschaftliche und soziale Folgen durch das Verbot des Gemeinschaftsverkaufs. Möller (SPD), Direktor bei der deutschen Kohlenbergbauleitung, erklärte, bei 82 Schachtanlagen liege die Förderleistung unter dem Durchschnitt, und nur bei 61 darüber. Das liege daran, daß es 15 Sorten Kohle im Revier gebe. Daher müsse die gemeinsame Verkaufsorganisation zur Sicherung der schwachen Zechen bestehen bleiben.

Westdeutsches „HO-Läden-System"

tx. Bonn, 15. März

Die Gewerkschaften sind bereit, die vom Bundesfinanzminister geplanten Sonderumsatzsteuern hinzunehmen, wenn sie ein erster Schritt einer in absehbarer Zeit vorgenommenen allgemeinen Steuerreform sind, verlautet aus Bonner Regierungskreisen. Der Bundesfinanzminister hat danach den Gewerkschaften versichert, daß er bei dieser Reform die Absicht hätte, die Umsatzsteuer bei lebensnotwendigen Gütern überhaupt wegfallen zu lassen und statt dessen mehr und mehr den sogenannten erhöhten Aufwand zu besteuern. Fachexperten erklären zu diesen Plänen, daß sie letzten Endes nichts anderes seien als ein System ähnlich dem der HO-Läden in der Ostzone, nur mit dem einzigen Unterschied, daß in Westdeutschland normaler und erhöhter Lebensbedarf in der gleichen Verkaufsstelle befriedigt werden können.

Bonn ebnet Weg für den Schumanplan

Note zur Neuregelung im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie

dmt. Bonn, 14. März

Der Abschluß der Schumanplan-Verhandlungen ist durch die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Gesetz 27 immer wieder hinausgezögert worden. Die Bundesregierung, die keinesfalls auf die Berücksichtigung ganz bestimmter speziell deutscher Probleme im Rahmen des Schumanplanes verzichten kann, hat am Mittwoch in einer Note an die alliierte Hohe Kommission Vorschläge gemacht, die die alliierte Entkartellisierungspolitik mit dem Schumanplan abzustimmen versuchen. Im Falle ihrer Annahme wäre damit die Voraussetzung für die Paraphierung des Schumanplanes gegeben.

Die von der Bundesregierung in Verhandlungen mit dem amerikanischen Hohen Kommissar vorgeschlagene Regelung — zu der, wie jetzt verlautet, auch die Franzosen bereits ihre Zustimmung gegeben haben, während die Engländer noch gewisse Bedenken äußern — sieht die Neugliederung des deutschen Kohlenbergbaues und der eisenschaffenden Industrie, die Neuordnung der Verbundwirtschaft und den stufenweisen Abbau der deutschen Kohlenverkaufsorganisation vor.

Die Bundesregierung schlägt beim Kohlenbergbau und der eisenschaffenden Industrie die Bildung von 24 neuen selbständigen Einheitsgesellschaften vor. Während die Alliierten eine völlige Trennung der Zeche von den Hüttenwerken gefordert hatten, wünscht die Bundesregierung, daß diejenigen Hüttenwerke, die über 75 Prozent eigenen Koks produzieren, im Rahmen der Verbundwirtschaft bestehen bleiben. Neun Hüttenwerke sind insgesamt in Verbindung mit Zechen in die Regelung einbezogen worden, während über drei Unternehmen noch verhandelt werden soll.

Besonders schwierig gestalten sich die Verhandlungen über die geforderte Auflösung des zentralen Kohlenverkaufs. England und Frankreich bestehen auf dieser Forderung, und auch Belgien hat sich verpflichtet, die zentrale Kohlen-Verkaufsorganisation aufzulösen. In diesen Ländern sind allerdings völlig andere wirtschaftliche Voraussetzungen gegeben als in Deutschland. Dennoch glaubt die Bundesregierung im Interesse eines Kompromisses, prinzipiell gegen eine Auflösung nichts unternehmen zu können, fordert aber einen stufenweisen Abbau. Bis zum 1. Oktober 1952 soll der Abbau abgeschlossen sein. Die Bundesregierung ist sich darüber im klaren, daß die Auflösung des Gemeinschaftsverkaufs außerordentliche Auswirkungen auf den gesamten Ruhrbergbau haben wird, denn diese Zusammenfassung im Ruhrbergbau, die keineswegs ein Kartell darstellt, ist die ausgleichende Brücke zwischen Produktion und Verbrauch, die sich in der Struktur des Ruhrbergbaues als notwendig erwiesen hat.

Da mit der Zustimmung der Alliierten zu den neuen Vorschlägen der Bundesregierung zu rechnen ist, wird angenommen, daß die Paraphierung des Schumanplanes wahrscheinlich noch vor Ostern erfolgen kann. Dies wird auch von französischer Seite bestätigt.

„Bundesrepublik ist nicht bankrott"

Neue Einfuhrlizenzen ab 1. Juni — OEEC gab Bonn bis Jahresende Frist

wl. Bonn, 14. März

Neue Einfuhrlizenzen wird es erst geben, wenn die alten restlos abgewickelt sind, das heißt, nicht vor dem 1. Juni, sagte Vizekanzler Blücher am Mittwoch in Bonn. Auch nach dem 1. Juni würden die Einfuhren um etwa 30 bis 40 Prozent reduziert werden, um allmählich den Devisenfehlbetrag auszugleichen. Eine scharfe Kontrolle des Deviseneinganges und eine sorgfältige Staffelung der Einfuhrgüter seien weiter notwendig, um aus der Zahlungskrise herauszukommen.

Blücher sagte, er sei in der vorigen Woche mit einer gewissen Unruhe zur OEEC-Konferenz nach Paris gefahren, aber angenehm überrascht worden, da man dort der augenblicklichen deutschen Wirtschafts- und Zahlungskrise volles Verständnis entgegenbringe. Einen regulären Einfuhrstop werde es nicht geben, wohl dagegen eine Anpassung der Einfuhren an die Ausfuhren.

Dies bedeutet eine weitgehende Lenkung des Außenhandels und eine zeitweilige Abkehr von der bisherigen Liberalisierungspolitik. Es denke auch, wie Blücher versicherte, niemand daran, ordentlich lizensierte Einfuhren oder die laufenden Handelsverträge nicht zu erfüllen. Von einem Staatsbankrott zu sprechen, sei unverantwortlich, da die Bundesrepublik nicht zahlungsunfähig, sondern lediglich aufgrund der hemmungslosen Einfuhren illiquide in Devisen sei. Die OEEC habe Deutschland bis zum Jahresende Zeit gegeben, diese Illiquidität zu beseitigen. Erst weenn bis dahin keine Lösung gefunden sei, würden anders geartete Maßnahmen der OEEC spruchreif werden.

Die Bundesregierung hat ihre Richtlinien für die künftige Regelung des deutschen Außenhandels in einem Memorandum an die OEEC niedergelegt. Die weiteren Verhandlungen in Paris über die Behebung der deutschen Zahlungskrise finden am 5. April statt.

Im Diplomatenwagen nach Deutschland

v. Claer 1504 Tage in belgischen Gefängnissen — Zur Familie in Göttingen

dmt. Aachen, 14. März

In einem Diplomatenwagen des deutschen Generalkonsulats in Brüssel traf General von Claer, der im Brüsseler Falkenhausen-Prozeß freigesprochene früher Oberfeldkommandant von Lüttich, in der Nacht zum Mittwoch auf deutschem Bundesgebiet ein. Vizekonsul Dr. Friedensburg begleitete von Claer, der sich - wie er sagte - auf dem Umwege über Bonn, zunächst zu seiner Gattin nach Göttingen begeben will, die dort in den letzten Jahren durch Näharbeit ihren Lebensunterhalt verdiente. Der freigesprochene General will versuchen, eine kaufmännische Tätigkeit oder eine Arbeit für die Kirche zu übernehmen. Er war zwischen den Weltkriegen in der Leitung einer großen ostpreußischen Reederei tätig. Insgesamt hat er 1504 Tage in belgischen Gefängnissen zugebracht, dennoch machte er, obwohl er wegen einer Kriegsverletzung am Stock geht, einen frischen und gesunden Eindruck.

Fünf Verhaftungen wegen Grabschändung

Bamberg. Fünf ehemalige Bedienstete der Stadt Bamberg wurden wegen Grabschändung, Diebstahl, Unterschlagung und Hehlerei angeklagt. Sie hatten Grabfassungen entwendet und verkauft und in einem Fall sogar Goldplomben aus Totenschädeln herausgebrochen.

Volkspolizisten auf hessischem Gebiet erschossen

USA-Armee untersuchte blutige Grenzzwischenfälle bei Obersuhl

dpa. Frankfurt, 14. März

Die amerikanische Armee im Frankfurt gab jetzt das Untersuchungsergebnis über die Grenzzwischenfälle bekannt, die sich im Februar bei Obersuhl ereigneten. Am 21. Februar wurden zwei Volkspolizisten, die die Zonengrenze überschritten hatten, von einem amerikanischen Sergeanten gestellt und zum Stehenbleiben aufgefordert. Als sie über die Grenze zurücklaufen wollten, feuerte der Sergeant und verwundete einen Flüchtenden, der andere rannte weiter und gab auf seiner Pfeife ein Signal, worauf der amerikanische Sergeant, der sich um den Verwundeten bemühte, von mehreren Volkspolizisten jenseits der Zonengrenze beschossen wurde. Er zog sich zurück, und der Verwundete kroch auf die östliche Seite der Grenze zurück.

Der zweite Zwischenfall ereignete sich am Morgen des 2. März, als eine Patrouille der amerikanischen Grenzpolizei zwei Volkspolizisten in der Stadt Obersuhl stellte. Als der eine Volkspolizist seine Waffe zog, wurde er von einem amerikanischen Grenzpolizisten erschossen, der andere wurde beim Fluchtversuch schwer verwundet. Seine Leiche wurde später von einer Patrouille auf hessischem Gebiet entdeckt. Tage darauf übergaben deutsche Grenzbeamte die Leichen den Vertretern der Volkspolizei.

Das Informationsamt der Sowjetzone hatte behauptet, daß in beiden Fällen die Volkspolizisten auf dem Gebiet der Sowjetzone beschossen und dann auf hessisches Gebiet geschleppt worden seien.

Aus Westdeutschland

Zehntausende ohne Lehrstellen

Hamburg. Für tausende Jungen und Mädel, die zu Ostern in Schleswig-Holstein die Schulbank verlassen, wird es keine Lehrstellen geben. Man versucht, wenigstens einen Teil in anderen Bundesländern unterzubringen. Stark interessiert zeigt sich der rheinisch-westfälische Bergbau, der in Schleswig-Holstein wieder eine große Werbeaktion veranstaltet. Bevorzugt ist bei den Jungen vor allem der Maurerberuf; aber auch Tischler, Autoschlosser und Elektriker wollen viele werden. Die Mädchen interessieren sich vor allem für die bereits überbesetzten Berufe der Schneiderin und Friseuse. Auch in Hamburg fehlen noch mehrere tausend Lehrstellen, besonders für Mädchen. Es wird jedoch Vorsorge getroffen, daß die arbeitslosen Jugendlichen unter achtzehn Jahren eine Zwischenausbildung erhalten können.

Hunde wurden befördert

Hamburg. Seit in Hamburg die Hundesteuer erhöht wurde, ist plötzlich fast jeder zweite Hund zum Wachhund avanciert. Wachhunde sind nämlich viel geringer belastet. Einundzwanzigtausend Wachhunde? staunte der Fiskus. Denen müsse man doch mal auf den Zahn fühlen. So werden nun die Hunde examiniert. Was wunder, daß sich gar mancher Wachhund als friedlicher Mops oder sanfter Schoßhund entpuppte. Es regnete Tränen und Strafmandate; nur der Finanzsenator reibt sich vergnügt die Hände.

Wieder zwei Tote auf der Autobahn

Limburg. Auf der Autobahn zwischen Camberg und Bauern, Kreis Limburg, fuhr am Montagabend ein Lastwagen, der Kognac in Fässern geladen hatte, mit hoher Geschwindigkeit auf einen Lastzug auf. Der Fahrer und sein Beifahrer, beide aus Duisburg, wurden tödlich verletzt. Bei dem Zusammenstoß platzte ein Hundert-Liter-Faß, so daß der Kognac auf die Autobahn floß.

Die ersten Störche

Darmstadt. Die ersten Störche wurden jetzt in Nordhessen gesichtet. Wie der kurhessische Verein für Naturkunde mitteilt, überflogen die Frühlingsboten nordhessisches Gebiet in nordöstlicher Richtung.

Neue „Wirtschaftsverbrecher"

Berlin. In einem neuen „Wirtschaftsverbrecher-Prozeß", der vor einigen Tagen begann, stehen nach einem Bericht des Sowjetzonennachrichtendienstes ADN acht Papierfabrikanten und leitende Angestellte von Sowjetzonenbehörden vor der Strafkammer des Landgerichts Dresden. Den Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie die Wirtschaft der Sowjetzone „im Auftrage des Unilever-Konzerns in London aufs Schwerste geschädigt hätten".

Staatsanwalt Dr. Kohn von der Generalstaatsanwaltschaft der Sowjetzone beschuldigt sie außerdem, „den friedlichen Aufbau" der Sowjetzonenrepublik gestört zu haben.

Angeklagt sind der Dresdner Papierfabrikant Wilhelm Grünewald, der Hauptreferent Etienne Vite, der Geschäftsführer des Verbandes deutscher Holzstoffabrikanten, Dr. Schuchhart, die Papierfabrikanten Karl Schreiber, Dr. Herbert Götz und Herbert Kretzschmann, der Oberreferent Karl Zimmermann und der Regierungsangestellte Georg Beer. Die als Hauptschuldige bezeichneten Angeklagten Grünewald und Vite konnten vor ihrer Verhaftung in die Bundesrepublik fliehen.

Heute morgen wurde meine liebe Frau, gute Mutter und Großmutter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Helene Groß

geb. Wilhelm

nach langem, schwerem Leiden im 74. Lebensjahr durch einen sanften Tod erlöst.

In stiller Trauer:

Karl Groß
Erna Nockemann geb. Groß
Hans-Hermann Nockemann

Brügge (Bergstr. 222), Halver, Schwenke, Lüdenscheid, den 14. März 1951

Die Beerdigung findet Samstag, den 17. März um 15.30 Uhr vom Trauerhause aus, statt.

Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.



Durch den Liebesgabendienst
DEUTSCHE HILFSGEMEINSCHAFT E. V.
HAMBURG 36 · HOHE BLEICHEN 29
Fordern Sie unsere Prospekte über 12 verschiedene Typen
in den Preislagen
von DM 8.- bis DM 25.-



Reichhaltige Auswahl in Tapeten empfiehlt:
Halversche Medizinal-Drogerie
Carl Menke, Halver

Schneiderin
sucht Arbeit zu Hause.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers

Gut erhaltenes weißes
Kinderbett
mit Matratze, billig abzugeben.
Halver, Mittelstraße 2.

Bettstelle mit Matratze und
2 Stühle
zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers.

Suche für sofort
Gehilfen
für die Landwirtschaft, der melken und mit Pferden umgehen kann.
Karl Lausberg,
Nieder-Vahlefeld.

Suche zum 1. od. 15. April kinderliebes
Mädchen
für landwirtschaftl. Haushalt.
Frau Emmeline Lemmert,
Burg bei Halver.

Bekennt Euch zur Heimat
Werbt für die Heimatzeitung!